

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Versprechungen über eine Regierungsumbildung.

Ergänzung des Kabinetts?

Verhandlungen über das Schutgesetz.

D. Entgegen anderslautenden Nachrichten hat die spanische parlamentarische Lage sich gestern etwas nachgeändert. Die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung ist in der Hintergründe getreten. Von allen Seiten wird auf einen leichten Hingangebetet. Gestern abend fand noch eine internationale Besprechung statt, um die auslandstretenden Arbeiter über einzelne Bestimmungen des Schutgesetzes für die über zu überbrücken. Das ist, soweit sich bisher überläßt, bis zu einem gewissen Grade gelungen. Die beabsichtigte Sitzung der Beratungen und Rundgebungen gelangt bis zum Schluß ab, dürfte aus dem Geleit genommen und in irgendeiner Form in das Strafgesetzbuch eingearbeitet werden. Eritig ist noch immer das Verlangen der Sozialdemokratie, daß diejenigen zu bestrafen sind, ungesetzliche Demonstrationen in einer den öffentlichen Verfassungen Weise veranstalten. Darüber ist noch keine Entscheidung erfolgt.

Sozialdemokratie will von diesem Kaufschutzesparagrafen, abgehende Konsequenzen in sich trägt, einwirken noch nicht abwarten. In der großen und ganzen kann man doch sagen, daß die Regierung für die dritte Lesung des Schutgesetzes auf dem Marztag eintritt. Die Reichstagsauflösung ist nach dem Marztag nicht mehr in der Diskussion des Kabinetts. Gestern abend hat eine kurze, wenn auch ineffiziente Sitzung der unabhängigen Sozialdemokraten Dr. Silberding u. a. stattgefunden. Die Reichstagsauflösung ist nach dem Marztag nicht mehr in der Diskussion des Kabinetts. Gestern abend hat eine kurze, wenn auch ineffiziente Sitzung der unabhängigen Sozialdemokraten Dr. Silberding u. a. stattgefunden. Die Reichstagsauflösung ist nach dem Marztag nicht mehr in der Diskussion des Kabinetts.

Frage der Kabinetterweiterung ist noch nicht geklärt. Die Regierung der Demokraten wird der Reichstagsauflösung nicht entgegen sein, und von sich aus, zunächst ohne Bedenken, die Reichstagsauflösung zu überlegen. Gestern abend hat eine kurze, wenn auch ineffiziente Sitzung der unabhängigen Sozialdemokraten Dr. Silberding u. a. stattgefunden. Die Reichstagsauflösung ist nach dem Marztag nicht mehr in der Diskussion des Kabinetts.

da man ihn für Washington braucht und er eben erst das Amt dort übernommen hat. Die Kandidatur des früheren vormaligen Reichsgerichtsrats Dr. Krumm zu sein, der infolgedessen besondere Qualitäten für das Amt mitbringt, als er als Industrievertreter umfangreiche wirtschaftliche Kenntnisse besitzt und auch mit den Verhältnissen des Auslandes vertraut ist. Eine Entscheidung über diese Dinge dürfte aber erst dann fallen, wenn der Reichspräsident aus dem Freudenstadt in Berlin eingetroffen ist. Man nimmt an, daß dies morgen Mittag der Fall sein wird. Es noch andere Veränderungen im Kabinett geplant sind, läßt sich zur Stunde nicht sagen.

Soweit man die Stimmung in parlamentarischen Kreisen im Augenblick zu beurteilen vermag, würde eine bezügliche Lösung der gegenwärtigen Krise auf keinen Widerstand der Reichstagsparteien von der Deutschen Volkspartei bis zu den Unabhängigen führen. Allerdings dürfte die beiden Fraktionen Wert darauf legen, durch die Berufung der beiden ihnen nahestehenden Männer in die Reichsregierung nicht ungenutzt auf die gesamte Koalitionspolitik Verzicht zu tun.

Am heutigen Zeitartikel der „Germania“ wird die Haltung des Zentrums in der jetzigen politischen Lage wie folgt formuliert: „Der Bonarotis“ sieht einen gewissen Erfolg darin, daß die neue Regierung über die Eilungnahme der Reichstagsauflösung in der Diskussion des Kabinetts nicht weiter geht. Auch wir meinen, daß es so wirklich nicht geht, daß nämlich eine Koalitionspartei unter dem äußeren Druck der Regierungsumbildung, die wir nicht übernehmen können. Wenn man Dinge gemeinsam machen will, muß man sie auch gemeinsam machen und unter unserer Aufsicht und unter unserer Aufsicht. Die Regierung und unsere Aufsicht sind, dann ist der Augenblick gekommen, um die Eilungnahme zu erklären. Hier sind die Grenzen unserer Eilungnahme zu ziehen. Man läßt sich von der Majorität, daß die Politik des Zentrums von Richtigen oder Gruppen diktiert würde. Es beruht die Eilungnahme auf dem Willen der Regierung, die wir nicht übernehmen können. Wenn man Dinge gemeinsam machen will, muß man sie auch gemeinsam machen und unter unserer Aufsicht und unter unserer Aufsicht. Die Regierung und unsere Aufsicht sind, dann ist der Augenblick gekommen, um die Eilungnahme zu erklären. Hier sind die Grenzen unserer Eilungnahme zu ziehen. Man läßt sich von der Majorität, daß die Politik des Zentrums von Richtigen oder Gruppen diktiert würde. Es beruht die Eilungnahme auf dem Willen der Regierung, die wir nicht übernehmen können.

Komitadschiprozesse in Mazedonien

400 Angeklagte. — Südböhen in „hellen Flammen“. — Die „Bluttrage“ der Komiten. — Unser Sibirien! — Anführungen gegen Stamboliski.

Von unserem auf den Balkan entsandten Sonderkorrespondenten
Theodor Berkes.

Belgrad, Ende Juni 1922.
Die telegraphisch schon gemeldet wurde, verurteilte das Gericht in Lesib in dem Komitadschiprozess 5 Angeklagte zum Tode, darunter Arsen Jovanich und Peter Kraschich, 86 Angeklagte erhielten 1-20 Jahre Zwangsarbeit, 88 wurden freigesprochen. In Kumanovo lautete das Urteil auf 19 Freiprüche, 183 Verurteilungen zu 6 Monaten bis 6 Jahren Zwangsarbeit. Im ganzen dürfte somit auf etwa 1500 Jahre Zwangsarbeit erkannt worden sein. Der nachfolgende Artikel unseres Sonderkorrespondenten ist zur Urteilsfällung geschrieben.

Die Redaktion.
In südböhenischen Kumanovo haben die Gerichte dieser Tage 202 Komitadschis und ihre Helfer und Helfershelfer abgeurteilt, und in Lesib, ferbisch Stoppje genannt, ist man im Augenblicke, wo diese Zeiten geschrieben werden, ebenfalls dabei, in einer besonders für diesen Prozess gerichteten Baracke 174 Komitadschis und deren Anhänger den Prozess zu machen. Mazedonien, seit langen Jahrzehnten nationales Streitsubjekt der Türkei, Serbiens, Bulgariens und Griechenlands, steht, wie eine heilige Zeitung schreibt, wieder einmal in „hellen Flammen“, und Schauerzittern aus dieser noch immer dunklen Ecke Europas gehen in diesen Tagen, Wochen und Monaten zu dem täglichen Inhalte der Weltzeitungen. „Groß aufgemacht“ bringen die führenden Weltblätter die Einzelheiten der Prozessführung in Kumanovo und Lesib, und in zahlreichen Bildern sieht man das mazedonische Volk (unlängst schmutzige) Lesib und in ihren weiten langen Gassen, ihren weiten Gassen, ihrer dunklen gestrichelten Gasse, der unter dem Krone getragenen und in Stiefel gesteckten weißen Hufe die hohen, stämmigen Komitadschigestalten aus Mazedonien. Dieses profanale Geschehen dort unten wirkt natürlich auch schon wieder eine politische Welle, und als dieser Tage aus Anlaß der Königshochzeit die Hauptrepräsentanten von Rumänien und Griechenland mit den südböhenischen Ministern in Belgrad sich trafen, beratschlagten diese drei Staaten nicht zuletzt darüber, wie man sich gegen die bulgarischen Komitadschis und auch gegen Bulgarien selbst schützen sollte. Denn all das, was gegenwärtig in Mazedonien und in gleicher Weise auch in der Dobruddja, in Thrakien und im griechischen Mazedonien vor sich geht, legen diese drei Staaten den Bulgaren und, ausdrücklich gesagt, auch der Stamboliskischen Regierung zur Last, und wenn die Belgrader Presse gut unterrichtet ist, sind in der letzten Zeit auch schon wieder „energievolle Voten“ nach Sofia geschickt worden. Inzwischen aber geht sehr ruhig und ohne das Komitadschitreiben in Mazedonien weiter, und zum Beispiel las man erneut, daß auf der rechten Marbarestseite und zwar in der Linie Arina-Balantina-Prisnauerdinges wieder 2000 bulgarische Komitadschis auf südwestliches Gebiet eingewallen seien, daß diese Komitadschis Verbündete der bulgarischen Regierung seien, die in Albanien hätten und den auch mit der bulgarischen Forderung war. Diese Angelegenheit: Vor allen Dingen keine Verleumdung. Der Sturz der Marx ist voraussetzungen gewesen und könne deshalb nicht bezweifeln, daß die bulgarischen Komitadschis auf einmal von Grund auf zu ändern. Die Wiederbelebung Deutschlands gegen die Reparationszahlungen sei die Grundursache der wirtschaftlichen Situation des Reiches. Die französische Regierung müsse erst die Lebensgrundlage haben, daß diese Stimmung sich ändere, und daß die deutsche Regierung stark genug sei, ihren Willen durchzusetzen, bevor sie ihre Zustimmung zu einem Zahlungsaufschub geben könne. Deshalb muß zunächst der Bericht des Garantiefomitees abgewartet werden. Zuvor ist es gelungen, die Entscheidung um einig Wochen zu versetzen. Am Dienstag soll die nächste Sitzung der Reparationskommission stattfinden, in der die vorbereitend schon der Bericht des Garantiefomitees vorliegen wird. Von diesem Bericht und besonders von der Entscheidung der inneren Zustände in Deutschland wird vieles abhängen. Eine Auflösung des Reichstages, von der heute in einigen französischen Zeitungen gesprochen wird, wäre in dieser Stunde für die auswärtige Politik des Reiches sehr gefährlich. Wenn die Regierung des Reichstagsauflösung gestützt wird, ist auch nach französischer Ansicht die Lösung der Wiedererwerbungskaufes im Sinn der heutigen Note vom 12. Juli wahrscheinlich. Einige Pariser Zeitungen sind besorgt, den Ausgange der Beratungen der Reparationskommission als einen „Sieg“ des Vorberühmten Zuvor hinzustellen. Diese tendenziöse Sache ist völlig bedeutungslos. Jedermann weiß hier, daß der Aufschub der Zahlungen Deutschlands kommen muß und daß Frankreich durch einen Abbruch gegen ihn die von allen Seiten Verbindungen für notwendig gehaltenen Entwicklung seiner eigenen Finanzlage einer Katastrophe entgegenführt. Die Krise der Wiedererwerbungskaufes kann nur durch eine Anleihe gelöst werden und, bis diese Anleihe möglich ist, muß Deutschland Ruhe erhalten. An diesen beiden Tatsachen ist nicht zu zweifeln. Die öffentliche Meinung Frankreichs gibt dieser Lebensgrundlage einen Ausdruck, soweit sie nicht nach den Informationen Bonarotis handelt. Welche Hilfe! Ich spreche im „Welt Brief“. Die Reparationskommission wird sich in den nächsten 14 Tagen mit zwei Aufgaben zu beschäftigen haben: zunächst mit der Vorauszahlung für den Zahlungsaufschub und dann mit der Vorauszahlung für die Anleihe.

Vor einer neuen Einladung an die Bankiers?

Die verlagte Entscheidung der Reparationskommission.

Bevorstehende Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré.

(Telegramm unseres Korrespondenten)
Paris, 14. Juli.
Abbruch, der wie gemeldet, gestern abend nach London ist, um seiner Regierung die französische Auffassung zu sein, soll aus der Aufgabe haben. Lloyd George mitzuziehen, daß die Reparationskommission bereit ist, eine neue Einladung an das Komitee der Bankiers zu lassen, wenn die Regierungen damit einverstanden sind. An dem Einverständnis des französischen Premiers ist nach den Gerüchten die Lloyd George gestern im Unterhaus den hat, nicht zu zweifeln. Poincarés wird wohl auch dagegen einverstanden haben, daß die infolge seiner infanterischen Haltung unterbrochenen Beratungen der Finanzmänner aufgenommen werden; denn auch er scheint zu glauben, daß solche früher oder später kommen müßte. Die Frage ist also die der Voraussetzungen für diese neue Anleihe. Lloyd George ist im Augenblicke geneigt, sich zu dem, was in Paris gedruckt und gesagt wird, läßt diese Frage bejahen. In einer ganzen Anzahl von Klaffern bereits vor vierzehn Tagen in allen Variationen wieder nicht von dem Garantiefomitee, sondern dem Garantiefomitee die Erfüllung der Forderungen Frankreichs zu versichern. Poincaré kennt diese Stimmung genau und wird wahrscheinlich ganz zufrieden sein, wenn er von der wahrscheinlichen Meinung seines Landes dazu gedrängt wird. Kommen zu machen. Die Zusammenkunft mit Lloyd George, die in den nächsten 14 Tagen stattfinden soll, wird in Beziehung aufklärung bringen. Nach der „Daily Mail“ ist für den Besuch Poincarés in London der 24. Juli in Aussicht genommen. Die gleiche Zeitung teilt mit, daß heute in einer Beratung des Finanzkomitees mit der Regierung stattfinden soll, in der natürlich Bradbury seinen Bericht über die Verhandlungen der Reparationskommission ablesen wird. Die Sitzung des Garantiefomitees wird am Freitag, dem 18. Juli, stattfinden. Die Verhandlungen werden, gegeben hat, lassen es sehr wahrscheinlich sein, daß man einen ganzen Tag dazu gebraucht, die in seiner Weise fernende Erklärung zu verlesen. Die lange Dauer der Beratungen wird aber begreiflich, wenn man erfährt, daß um den 14. Juli im Sinn der Antwort vollständig geteilt ist. Der englische Botschafter Bradbury berichtet die in Paris, daß der geforderte Zahlungsaufschub in

vollen Umfang bewilligt werden könne, falls das Garantiefomitee die deutsche Finanzwirtschaft überzeuge. Die anderen Delegierten, mit Einschluß des belgischen Delegierten Delacroix, waren geneigt, dieser These beizupflichten. Doch machte der Belgier die Bedingung, daß die Rate am 15. Juli in Kraft treten müsse. Die deutsche Delegation sollte also einen säubereren Stand. Er sollte die unabweisbare Aufgabe, die französische Forderung zu verteidigen, die, wie von Anfang an feststand, gegen die Bewilligung der deutschen Forderung war. Diese Angelegenheit: Vor allen Dingen keine Verleumdung. Der Sturz der Marx ist voraussetzungen gewesen und könne deshalb nicht bezweifeln, daß die bulgarischen Komitadschis auf einmal von Grund auf zu ändern. Die Wiederbelebung Deutschlands gegen die Reparationszahlungen sei die Grundursache der wirtschaftlichen Situation des Reiches. Die französische Regierung müsse erst die Lebensgrundlage haben, daß diese Stimmung sich ändere, und daß die deutsche Regierung stark genug sei, ihren Willen durchzusetzen, bevor sie ihre Zustimmung zu einem Zahlungsaufschub geben könne. Deshalb muß zunächst der Bericht des Garantiefomitees abgewartet werden. Zuvor ist es gelungen, die Entscheidung um einig Wochen zu versetzen. Am Dienstag soll die nächste Sitzung der Reparationskommission stattfinden, in der die vorbereitend schon der Bericht des Garantiefomitees vorliegen wird. Von diesem Bericht und besonders von der Entscheidung der inneren Zustände in Deutschland wird vieles abhängen. Eine Auflösung des Reichstages, von der heute in einigen französischen Zeitungen gesprochen wird, wäre in dieser Stunde für die auswärtige Politik des Reiches sehr gefährlich. Wenn die Regierung des Reichstagsauflösung gestützt wird, ist auch nach französischer Ansicht die Lösung der Wiedererwerbungskaufes im Sinn der heutigen Note vom 12. Juli wahrscheinlich. Einige Pariser Zeitungen sind besorgt, den Ausgange der Beratungen der Reparationskommission als einen „Sieg“ des Vorberühmten Zuvor hinzustellen. Diese tendenziöse Sache ist völlig bedeutungslos. Jedermann weiß hier, daß der Aufschub der Zahlungen Deutschlands kommen muß und daß Frankreich durch einen Abbruch gegen ihn die von allen Seiten Verbindungen für notwendig gehaltenen Entwicklung seiner eigenen Finanzlage einer Katastrophe entgegenführt. Die Krise der Wiedererwerbungskaufes kann nur durch eine Anleihe gelöst werden und, bis diese Anleihe möglich ist, muß Deutschland Ruhe erhalten. An diesen beiden Tatsachen ist nicht zu zweifeln. Die öffentliche Meinung Frankreichs gibt dieser Lebensgrundlage einen Ausdruck, soweit sie nicht nach den Informationen Bonarotis handelt. Welche Hilfe! Ich spreche im „Welt Brief“. Die Reparationskommission wird sich in den nächsten 14 Tagen mit zwei Aufgaben zu beschäftigen haben: zunächst mit der Vorauszahlung für den Zahlungsaufschub und dann mit der Vorauszahlung für die Anleihe.